

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Steffen Janich, Dr. Bernd Baumann, Dr. Gottfried Curio, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD  
– Drucksache 20/9281 –**

### **Defizite in der Ausstattung der Bundespolizei für eine effektive Schleuserbekämpfung**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Nach dem tödlichen Unfall eines Schleuserautos auf der Autobahn 94 in Oberbayern versprach die Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser, den Kampf gegen Schleuserkriminalität nunmehr zu intensivieren. Sie wird zitiert mit den Worten: „Wir müssen das grausame Geschäft der Schleuserbanden zerschlagen, die mit der Not von Menschen maximalen Profit machen und sie auf solch lebensbedrohliche Weise über Grenzen schmuggeln“ ([www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/gewerkschaft-polizei-kann-schleuser-handys-nicht-auslesen,TsorPQJ](http://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/gewerkschaft-polizei-kann-schleuser-handys-nicht-auslesen,TsorPQJ)).

Der Vertreter einer Polizeigewerkschaft hat gleichwohl massive Probleme bei Material und Personal für den Kampf gegen Schleuserbanden beklagt. Demnach liegen tausende von Handys der Schleuser nicht ausgelesen in den Dienststellen, weil die Polizei weder geeignetes Personal noch die Technik dafür habe. Die Auswertung hinke um Monate hinterher. Dabei wären zeitnahe Auswertungen wichtig, um Informationen über Routen, Strategien und Kontakte (der Schleuser) zu erhalten ([www.faz.net/aktuell/politik/inland/migration-polizei-kann-tausende-schleuser-handys-nicht-auswerten-19245853.html](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/migration-polizei-kann-tausende-schleuser-handys-nicht-auswerten-19245853.html)). Es fehle an Polizeibeamten bei der Bundespolizei, welche in der Auswertung sichergestellter Handys geschult seien. Außerdem wünsche man sich ein Programm, das mithilfe Künstlicher Intelligenz eine Voruntersuchung der Geräte durchführen kann, um der hohen Zahl sichergestellter Geräte so gerecht zu werden ([www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/gewerkschaft-polizei-kann-schleuser-handys-nicht-auslesen,TsorPQJ](http://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/gewerkschaft-polizei-kann-schleuser-handys-nicht-auslesen,TsorPQJ)). Um ihren Aufgaben gerecht zu werden, benötige die Bundespolizei nach Einschätzung des Vertreters der Polizeigewerkschaft zudem rund 30 Containerbüros, welche samt Ausstattung jeweils 1 Mio. Euro kosteten (ebd.). Aktuell gäbe es im gesamten Bundesgebiet lediglich ein solches Containerbüro zur Probe, die mobilen Kontrollstellen an der Grenze bestünden daher in fast allen Fällen noch immer aus Zelten (ebd.). Darüber hinaus fehlten demnach bei der Bundespolizei derzeit mindestens 16 Hundertschaften zur Durchführung von mobilen Grenzkontrollen (ebd.). Die Bundespolizei habe sich derzeit zur Bekämpfung der illegalen Migration die entsprechenden Personalressourcen bei der Bereitschaftspolizei „ausgeliehen“ (ebd.). Die Bayerische Grenzpolizei sei seit ihrer Gründung im Jahr 2018

dagegen wesentlich besser aufgestellt (ebd.). „Sogenannte Fahndungsfahrzeuge verfügten über hochmoderne Technik und die Beamten seien wesentlich besser ausgebildet, so der Vorsitzende der Polizeigewerkschaft“. Auf Nachfrage im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Sport und Integration hieß es, die Bayerische Polizei könne auch auf die Ressourcen der Digitalen Forensiker der Landespolizei zurückgreifen. Jedoch bleibe es auch in Bayern nicht aus, dass Smartphones nicht immer sofort ausgelesen werden können. Dies liege in der Regel aber daran, dass moderne Smartphones gut gegen fremden Zugriff geschützt seien, wie ein Ministeriumssprecher des Bayerischen Innenministeriums gegenüber der Presse verlauten ließ (ebd.).

1. Trifft es nach Einschätzung der Bundesregierung zu, dass die Bundespolizei derzeit über zu wenig Personal und Technik verfügt, um die Handys von Schleusern auszuwerten (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller), wenn ja, worin liegen aus Sicht der Bundesregierung die Ursachen für diesen Mangel an Personal und Technik, und wie möchte sie diesem Mangel abhelfen (bitte begründen)?

Die Bundespolizei verfügt über ausreichende personelle und materielle Kapazitäten, um Mobilfunkgeräte von Tatverdächtigen im Zusammenhang mit Schleusungshandlungen auslesen zu können. Auftretende temporäre Auslastungsspitzen werden durch behördeninterne Unterstützungsmaßnahmen ausgeglichen.

2. Wie viele Mobiltelefone und/oder sonstige Fernkommunikationsmittel, welche die Bundespolizei bei mutmaßlichen Schleusern beschlagnahmt oder sichergestellt hat, befinden sich nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit ungefähr zur Auslesung in den einzelnen Dienststellen der Bundespolizei, ohne dass deren Auslesung bereits begonnen und/oder abgeschlossen worden ist?

Die Auswertung von Mobiltelefonen und sonstigen Fernkommunikationsmittel ist ein dynamischer Prozess und von vielen Faktoren, wie Datenumfang, Ermittlungsentwicklung und Folgerecherchen abhängig.

Insofern ist der zeitliche Aufwand für die Auswertung in Abhängigkeit dieser Faktoren sehr unterschiedlich. Eine statistische Erhebung im Sinne der Fragestellung wird nicht vorgenommen.

3. Wie viele Monate dauert es durchschnittlich etwa, bis Mobiltelefone und/oder sonstige Fernkommunikationsmittel, welche die Bundespolizei bei mutmaßlichen Schleusern beschlagnahmt oder sichergestellt hat, durch die Bundespolizei ausgewertet werden?

Die Auswertung von Massendaten ist ein dynamischer Prozess und von vielen Faktoren, wie Datenumfang, Ermittlungsentwicklungen und Folgerecherchen, abhängig. Die Dauer ist daher in jedem Einzelfall unterschiedlich und lässt sich zeitlich nicht generell beziffern. Im Ergebnis kann von der Bundespolizei kein Durchschnittswert angegeben werden.

4. Wie verläuft die Ausbildung von Beamten der Bundespolizei, um diese zu befähigen, Mobiltelefone und/oder sonstige Fernkommunikationsmittel auszuwerten (bitte ausführen)?

Die Auswertung unterteilt sich in die Aufgaben kriminaltechnische Sicherung und kriminalistische Auswertung. Entsprechende Schulungen werden im Wesentlichen bundespolizeiintern durchgeführt.

5. Wie viele Beamte der Bundespolizei verfügen derzeit über die notwendige Ausbildung, um Mobiltelefone und/oder sonstige Fernkommunikationsmittel von Verdächtigen einer Straftat auszuwerten?

Die Schulungen werden sowohl zentral an der Bundespolizeiakademie als auch bedarfsorientiert dezentral in den Dienststellen angeboten. Sie werden bedarfsgerecht durchgeführt.

Statistische Daten zur Anzahl der geschulten Beamten im Sinne der Fragestellung werden jedoch nicht erhoben.

6. Sind nach Auffassung der Bundesregierung zeitnahe Auswertungen von sichergestellten bzw. beschlagnahmten Mobiltelefonen von mutmaßlichen Schleusern wichtig, um Informationen über Routen, Strategien und Kontakte von Schleusern zu erhalten?

Die Auswertung folgt der jeweiligen Ermittlungstaktik, unter anderem erfahren laufende Haftverfahren eine besondere Priorisierung. Die Sachleitung obliegt den zuständigen Staatsanwaltschaften der Länder.

7. Hat die Bundesregierung in dieser Wahlperiode bereits Maßnahmen ergriffen, um die Auswertung von sichergestellten bzw. beschlagnahmten Mobiltelefonen von mutmaßlichen Schleusern durch die Bundespolizei zu beschleunigen, und wenn ja, welche Maßnahmen sind das?

Im laufenden Jahr wurde die für das Auslesen von Mobiltelefonen erforderliche Software erneuert. Um die Bearbeitung zu beschleunigen, werden darüber hinaus Einsatzkräfte temporär an Einsatzschwerpunkte verlagert.

8. Existiert nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit bereits ein Programm, das mithilfe von Künstlicher Intelligenz eine Voruntersuchung von sichergestellten Mobiltelefonen durch die Bundespolizei ausführen kann und/oder unterstützt die Bundesregierung Forschungsvorhaben zur Entwicklung einer solchen Anwendung (bitte erläutern)?

Auf dem Markt existieren verschiedene Analysewerkzeuge zur automatisierten Bildklassifikation sowie Bild- und Texterkennung bei Massendaten. Ob, beziehungsweise in welchem Umfang dabei KI-Methoden zum Einsatz kommen, kann nicht bewertet werden.

Im Übrigen liegen der Bundesregierung keine Informationen im Sinne der Fragestellung vor.

9. Welche Erfahrungen hat die Bundespolizei mit der Verwendung des sogenannten Containerbüros gemacht (vgl. Vorbemerkung der Fragesteller)?

Worin liegen nach Einschätzung der Bundesregierung die Vor- und Nachteile dieser Containerbüros, und beabsichtigt die Bundesregierung die flächendeckende Einführung von Containerbüros für die Bundespolizei noch in dieser Wahlperiode (bitte begründen)?

Die Bundespolizei hat im Rahmen eines Projektes zur „Grenzpolizeilichen Infrastrukturellen Vorsorge (GISV)“ einheitliche Standards zur Ausstattung von Kontrollstellen erarbeitet. Hierbei sollen auch Sachbearbeitungs- und Durchsuchungscontainer beschafft werden, die sich im Rahmen einer Erprobung be-

währt haben, flexibel einsetzbar sind und eine wetterunabhängige Sachbearbeitung ermöglichen.

10. Trifft es nach Einschätzung der Bundesregierung zu, dass derzeit mindestens 16 Hundertschaften bei der Bundespolizei fehlen, um dauerhaft effektiv mobile Grenzkontrollen durchführen zu können?

Soweit die Bundesregierung den aktuell dauerhaften Personalbestand bei der Bundespolizei zur Durchführung von mobilen Grenzkontrollen für zu gering hält, beabsichtigt die Bundesregierung, Maßnahmen zu ergreifen, um diesem Missstand abzuwehren, und wenn ja, welche sind das (bitte auflisten)?

Die Bundespolizei ist in der Lage, mit dem vorhandenen Personal ihre gesetzlich zugewiesenen Aufgaben, auch im grenzpolizeilichen Aufgabenfeld, zu erfüllen.

Etwaigen, anlassbezogenen Belastungsspitzen, bspw. im Fall der vorübergehenden Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den Binnengrenzen, wird konzeptionell im Wege der Prioritätensetzung sowie lageabhängig durch zeitlich und örtlich flexible Maßnahmen, lageangepassten Kräfteinsatz und jeweils auf die konkrete Situation bezogene Kontrollintensität begegnet, sodass diese Maßnahmen erforderlichenfalls im Rahmen der rechtlich zulässigen Dauer von temporären Binnengrenzkontrollen aufrechterhalten werden können.

Zur Erhöhung der Einsatz- und Reaktionsfähigkeit hat die Bundespolizei in den vergangenen Jahren einen deutlichen Stellenaufwuchs erfahren. Daraus wurde auch die Direktion Bundesbereitschaftspolizei mit ihren Einsatzhundertschaften gestärkt.

11. Verfügt die Bundesregierung über Erkenntnisse zu dem Einsatz und der Nutzbarkeit von den in der Vorbemerkung der Fragesteller erwähnten sogenannten Fahndungsfahrzeugen, wie sie die Bayerische Grenzpolizei verwendet?

Worin liegen nach Einschätzung der Bundesregierung die Vor- und Nachteile dieser Fahndungsfahrzeuge, und beabsichtigt die Bundesregierung die flächendeckende Einführung dieser Fahrzeuge für die Bundespolizei noch in dieser Wahlperiode (bitte begründen)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse zu den von der Polizei des Freistaates Bayern verwendeten Fahndungsfahrzeugen vor. Im Übrigen orientiert sich die Beschaffung von Führungs- und Einsatzmitteln für die Bundespolizei am Bedarf für die originäre Aufgabenwahrnehmung.

12. Schützen Schleuser nach Kenntnis der Bundesregierung ihre Mobiltelefone in einer besonderen Art und Weise, um ein Auslesen durch die Polizei zu erschweren und/oder gänzlich zu verhindern?

Eine pauschale Antwort im Sinne der Fragestellung ist nicht möglich. Jedoch liegen Erkenntnisse vor, dass Schleuser auch verschlüsselt kommunizieren und den geschleusten Personen Hinweise geben, um ein Auslesen der Mobiltelefone zu verhindern.

13. Beabsichtigt die Bundesregierung, die Bundespolizei noch in dieser Wahlperiode personell und/oder materiell besser auszustatten, um der Bundespolizei die Ausführung ihrer Aufgaben zu erleichtern (bitte erläutern)?

Die Bundespolizei wurde in den vergangenen Jahren materiell wie personell deutlich gestärkt. Langfristig weist der Haushalt der Bundespolizei einen stetigen Zuwachs auf. Im Jahr 2019 hatte der Haushalt der Bundespolizei ein Volumen von rund 3,6 Mrd. Euro. Mit dem aktuellen Haushalt 2023 verfügt die Bundespolizei über ein Gesamtbudget von rund 4,1 Mrd. Euro. Das ist über eine halbe Milliarde Euro mehr. Auch der Personalhaushalt der Bundespolizei ist kontinuierlich gewachsen: Seit 2015 um rd. 14 600 neue Stellen. Die Bundesregierung wird auch weiterhin für eine gute materielle wie personelle Ausstattung der Bundespolizei Sorge tragen.

